

menschenrechtliche Referenzen der Stadt Fürth

alles einstimmige Beschlüsse des Fürther Stadtrates, (ursprüngliche Anträge und Initiative von DIE LINKE im Fürther Rathaus):

Antrag zu Ausreiselager Hafensstraße 21a in Fürth (2008)

Gespräch zu dem Thema "Ausreiselager Fürth" bei der Caritas mit Vertretern von SPD, CSU, Die Linke, Grüne, Freie Wähler unter Anwesenheit von Vertretern der Regierung von Mittelfranken, also Freistaat Bayern (den Betreibern des Ausreiselagers), und Festlegung des Begriffes der Menschenwürde, Art. 1 des Grundgesetzes, für Fürth (2009)

Schließung und Abbau des Ausreiselagers Hafensstraße (2010)

Resolution "Keine Räumlichkeiten für rechtsextreme Szene" (2011)

Diskussion über Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer (2011)

exit-Programm in Fürth (2012)

Diskussion über Nazi-Aufmarsch in Fürth etc. (2012)

Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Fürth (2012)

keine Güter aus Kinderarbeit kaufen und verwenden (2012)

Keine Abschiebung von Mutter und Kind (2013)

Gedenkminute für die Opfer des Schiffsunfalls vor Lampedusa (2013)

Straßenbenennungen nach Dr. Rudolf Benario, Ernst Goldmann

Die Stadt Fürth ist bundeseitiges Vorbild, bei Anne Will eingeladen etc. (2015, 2016 ff.)

Beschluß keine Abschiebungen nach Afghanistan (2017)

Beschluß keine Abschiebung bei Schule und Beschäftigung / Ausbildung, (Januar 2018)

Beschluß: Fürth hat sich zur Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen bereit erklärt und hat sich somit der Initiative „sicherer Hafen“ angeschlossen. Die Stadt Fürth ist jetzt also auch ein „sicherer Hafen“ (Februar 2019)

Fürth, 16.05.2019, Ulrich Schönweiß, DIE LINKE im Fürther Rathaus